

Dialog oder Widerstand

In Österreich drängt die SPÖ vehement auf die »Absicherung und Ausweitung« eines vermeintlichen »Rechts auf Abtreibung«. Energischen Widerstand leisten nur noch Lebensrechtler. Ausgerechnet ihnen fiel jetzt der Erzbischof von Wien öffentlich in den Rücken.

Von Stephan Baier

Als im österreichischen Bundesland Salzburg die Sozialdemokraten im Februar 2004 nach mehr als einem halben Jahrhundert christdemokratischer Dominanz stärkste Partei wurden, da verschoben sich die politischen Prioritäten. Die neue Landeshauptfrau (Ministerpräsidentin) Gabi Burgstaller (SPÖ) beeilte sich zu erklären, dass sie Abtreibungen an den öffentlichen Krankenhäusern Salzburgs ermöglichen wolle. Es sei »mensenunwürdig«, dass Frauen bis nach Wien fahren müssten oder in den Untergrund getrieben würden, meinte die neue Landeschefin. Und es sei »unmoralisch«, eine Abtreibung privat in Ordnung zu finden, öffentlich aber nicht, sagte Burgstaller, nachdem eine private Abtreibungspraxis wegen hygienischer Beanstandungen geschlossen wurde.

Der kleinere Koalitionspartner auf Landesebene, die eben entmachtete christdemokratische ÖVP, stemmte sich vehement gegen das Ansinnen: »Wenn nicht einmal die Mutter-Kind-Station in den Landeskliniken aufrechterhalten werden kann, dann kann es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein, Schwangerschaftsabbrüche kostenlos oder günstig zu finanzieren«, so Salzburgs ÖVP-Vorsitzender Wilfried Haslauer noch im August. Haslauer bekam zwar Rücken-deckung vom Salzburger Erzbischof Alois Kothgasser, der meinte, »solchem Unrecht zu wehren, muss das gemeinsame Anliegen sein«, doch die eigene Bundespartei fiel Haslauer in den Rücken. Frauen- und Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat, vormals Generalsekretärin der ÖVP, teilte ihrem Parteifreund via Medien mit: »Ich bekenne mich eindeutig zur Fristenlösung. Sie soll nicht unterhöhlt und nicht neu diskutiert werden.«

Eine Eskalation im Salzburger Abtreibungsstreit schien im Sommer unvermeidbar: Haslauer drohte, die ÖVP könne

das Thema der Abtreibungen in Landeskrankenhäusern »zur Koalitionsfrage machen«. Burgstaller konterte: »Wir sind nicht zu dieser Koalition verpflichtet und wir sind nicht darauf angewiesen.« Erz-



Jutta Lang, Vorsitzende der »Jugend für das Leben«

bischof Kothgasser lud zu einem »Runden Tisch«, sparte aber auch nicht an klaren Worten: »Die Tötung menschlichen Lebens, vor allem des ungeborenen, am meisten schutzbedürftigen Lebens, ist schwerstes Unrecht. Wer im Staat für Recht zu sorgen hat, kann doch nicht zum Verfechter oder gar Förderer des Unrechts werden. Die Verantwortung ist groß – vor Gott und vor dem Leben.«

Ende September meinte der Erzbischof, an seinem »Forum Neues Leben« genannten Runden Tisch einen Durch-

bruch erreicht zu haben: »Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um den in Not geratenen schwangeren Müttern die notwendige Hilfe anzubieten.« Keine Einigkeit gab es jedoch in der eigentlich heißen Frage. Binnen weniger Wochen unterschrieben 15.000 Salzburger Bürger gegen Burgstallers Pläne, doch diese weigerte sich, die Unterschriften auch nur entgegen zu nehmen. Anfang Dezember erteilte Landeshauptfrau Burgstaller die Weisung, ab 1. April 2005 an den Landesspitälern Abtreibungen durchzuführen.

Die »Jugend für das Leben«, eine Lebensschutzbewegung christlicher junger Idealisten, setzte nun auf die Mobilisierung der öffentlichen Meinung. Jutta Lang wandte sich mit einem offenen Brief an 70.000 Salzburger Haushalte: »Die SPÖ ist der Meinung, eine Abtreibung müsse billig und schnell vor sich gehen. Als Vorsitzende der »Jugend für das Leben«, einer Organisation, welche für das Recht auf Leben aller Menschen eintritt, betroffenen Frauen hilft und Jugendliche über Alternativen informiert, kann ich nicht tatenlos zusehen.« Dem Brief lagen eine sachliche Information über die Ent-



Stein des Anstoßes: Der Weihnachts-Cartoon der »Jugend für das Leben«

wicklung des ungeborenen Kindes, Adressen von Hilfsstellen sowie ein Cartoon bei.

Wenige Tage vor Weihnachten folgten 300 Salzburgerinnen und Salzburger dem



Kardinal Christoph Schönborn, Erzbischof von Wien

Aufruf der »Jugend für das Leben« zu einer Lichterkette vor dem Salzburger St. Johann-Spital. Weihbischof Andreas Laun erklärte in einer kurzen Rede, die Landeshauptfrau würde im ganzen Land an Ansehen gewinnen, wenn sie von ihrem Anliegen Abstand nehmen würde. Die Menschenrechte müssten auch für die Ungeborenen gelten: »Wir möchten allen Frauen, die die Versuchung abzutreiben spüren, Mut zu ihrem Kind machen. Wir möchten allen sagen: Gott ist ein Gott des Lebens. Wir möchten alle erinnern: Dieses Spital wurde von einem Bischof gegründet, um dem Leben zu dienen. Wir müssen alles tun, damit es nicht eine Stätte wird, an der getötet wird.« Jutta Lang sagte bei der wenig provokativen Lichterkette, an der auch einige Kinder teilnahmen: »Abtreibung ist keine Dienstleistung. Abtreibung ist der sichere Tod eines unschuldigen Kindes. Sie ist das Ende der Zukunft unserer Gesellschaft.«

Außer rund 50 Gegendemonstranten, die unter Gejohle und Trillerpfeifenlärm skandierten, Abtreibung sei ein Frauenrecht – auch der Spruch »Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben« war wieder zu hören –, fühlte sich auch Landeshauptfrau Burgstaller provoziert. Sie hatte den Verein gebeten, die Demonstration abzusagen, weil zeitgleich im Krankenhaus eine Weihnachtsfeier stattfindet. Die »Jugend für das Leben« lehnte dies ab: »Echter Weihnachtsfriede kann erst dann einkehren, wenn auch für unsere wehrlosesten und kleinsten Mitbürger die weiße Fahne gehisst wird.«

Überraschend äußerte aber auch der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz und Erzbischof von

Wien, Kardinal Christoph Schönborn, öffentliche Kritik am Vorgehen der »Jugend für das Leben«. Im ORF-Mittagsjournal meinte der Kardinal am 23. Dezember, er halte den »Aktionismus«, den manche Gruppen im Konflikt um Abtreibungen an Salzburger Landeskrankenhäusern an den Tag legten, »für ganz und gar nicht zielführend«. Polemik sei »nicht hilfreich«, sagte Kardinal Schönborn, der zu einer »Koalition der Besonnenen« in der Abtreibungsfrage aufrief. Schönborn, der die »Jugend für das Leben« bisher stets unterstützt hatte, begründete seine Kritik so: Erzbischof Kothgasser habe mit der Einladung zu einem Runden Tisch »den genau richtigen Weg« gezeigt«. Dies solle Vorbild für konstruktive Gespräche in anderen Bundesländern und auf Bundesebene sein, »denn hier geht es um die Zukunft unseres Landes«.

Am Fest des Erzmärtyrers Stephanus, das im Vorjahr mit dem Fest der Heiligen Familie zusammenfiel, ging Kardinal Schönborn in seiner Predigt im Stephansdom zu Wien noch einmal auf die Aktion der »Jugend für das Leben« ein: »Ich bin allen dankbar, den vielen, die sich dafür einsetzen, dass Lebensschutz vom Anfang des Lebens bis zum letzten Atemzug kein leeres Wort ist. Wenn ich auch vor kurzem etwas kritisch über junge Leute gesprochen habe, die manchmal übers Ziel schießen in ihrem Eifer für den Lebensschutz, so anerkenne ich doch das viele Gute, das gerade auch junge Menschen in unserem Land tun, damit das Leben geschützt sei. Aber, all das erfordert die Liebe, die Wahrheit in Liebe tun.«

ÖVP KNICKT IM STREIT UM ABTREIBUNG IN LANDESKRANKENHÄUSERN EIN

Ein Kolumnist der linksliberalen Tageszeitung »Der Standard«, Hans Rauscher, spendete Kardinal Schönborn Applaus: Es sei »wichtig, dass Kardinal

»Seine Aussagen spüren wir wie Steine, die uns vor die Füße geworfen wurden.«

Jutta Lang, JfL-Vorsitzende

Schönborn jetzt die agitatorischen Umtriebe der Fundamentalisten im Zusammenhang mit der Debatte um Abtreibungen in den Salzburger Landeskrankenhäusern abgelehnt hat«. Die Vorsitzende der »Jugend für das Leben«, Jutta

Lang, zeigte sich dagegen betroffen: »Über die Medien forderte uns der Kardinal auf, wir sollten die »Wahrheit in Liebe« verkünden. In den Augen vieler kommt das dem Urteil gleich: »Ihr habt die Liebe nicht.« (...) Ich zweifle nicht an der guten Absicht des Kardinals, aber seine Aussagen spüren wir wie Steine, die uns vor die Füße geworfen wurden.«

Die »konstruktiven Gespräche« mit den »Besonnenen«, die Parallele zum Salzburger »Runden Tisch« von Erzbischof Kothgasser auf Bundesebene sieht der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz offenbar durch »Aktionismus« und »Polemik« gefährdet. Das Ziel eines Gesprächskreises auf Öster-

»All das erfordert die Liebe, die Wahrheit in Liebe tun.«

Kardinal Christoph Schönborn

reich-Ebene ist nicht die Abschaffung der vor genau 30 Jahren in Kraft getretenen Fristenregelung. Die kirchenamtliche Nachrichtenagentur »Kathpress« stellte am 23.12.2004 klar: »Es gehe nicht darum, Strafen für verzweifelte Frauen zu fordern, sagte Schönborn. Die seit der Ära Kreisky versprochenen flankierenden Maßnahmen zur Vermeidung von Abtreibungen seien leider nie verwirklicht worden.«

Im Gegensatz zu Deutschland gibt es in Österreich weder eine offizielle Abtreibungsstatistik noch Motivforschung oder verpflichtende Beratung. Der ÖVP-Politikerin Sissi Potzinger gelang es immerhin, solches nun in einem offiziellen Arbeitskreis des österreichischen Sozialministeriums (tatsächlich an einem »Runden Tisch«, mit Vertretern aller Parteien) zur Forderung zu machen.

Wörtlich heißt es in dem nicht rechtsverbindlichen Thesenpapier: »Mehr behutsame, sorgfältige und sensible Information in Beratungs- und Betreuungseinrichtungen wird ebenso gefordert, wie eine vertiefende Forschung (Motiv-Forschung, Statistik, Akzeptanz in der Praxis) als Begleitmaßnahmen zur Fristenregelung. Weitere Forderungen: Der medizinisch beratende Arzt sollte nicht der abtreibende Arzt sein, Verpflichtung des Arztes zum Hin-

weis auf eine kostenlose psychosoziale Beratung, drei Tage »Nachdenkpause« nach der Beratung. Es soll kein Druck auf die Frau ausgeübt werden, sondern Rat und Hilfe und eine Entlastung für die Frau sowie eine Chance für das ungeborene Leben geschaffen werden.«

BISCHÖFE FAVORISIEREN FLANKIERENDE MAßNAHMEN ZUR FRISTENREGELUNG

Der Forderung nach solchen »flankierenden Maßnahmen« haben sich mittlerweile viele kirchliche Kreise angeschlossen, etwa der Pastoralrat der Erzdiözese Wien und der Diözesanrat von Graz. Ob – nachdem keine politische

nierung behinderter Ungeborener, die bis zur Geburt im Mutterleib straffrei getötet werden können, von ÖVP-Politikern zwar mehrfach skandalisiert, aber nicht aufgehoben.

Ob auch die derzeit oppositionelle SPÖ zu Kardinal Schönborns »Koalition der Besonnenen« etwas beitragen kann, ist noch zweifelhafter. Immerhin sprach sich der jüngste SPÖ-Parteitag im November 2004 für die »Absicherung und Ausweitung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch« aus. Die SPÖ forderte Bannmeilen um Abtreibungskliniken, um abtreibungswillige Frauen vor dem »Psychoterror« der Lebensschützer zu schützen. Wörtlich meinte die Frauensprecherin der Sozialistischen Jugend (SJÖ), Stefanie Vasold: »All jenen, die fordern, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch abzuschaffen oder einzuschränken, sei gesagt, dass das mit der SPÖ nicht zu machen ist.«

Im Dezember brachten mehrere SPÖ-Abgeordnete einen Antrag im Parlament ein, in dem sie »die Errichtung von Schutzzonen um Abtreibungskliniken« fordern. Geschützt werden sollen also nicht mehr die ungeborenen Kinder vor dem Abtreibungstod, sondern die Ab-

treibungsindustrie vor den Lebensschützern. In dem SPÖ-Antrag, der demnächst im Innenausschuss des Nationalrats behandelt werden wird, heißt es wörtlich: »Die mehr als fragwürdigen Methoden der selbsternannten »Lebensschützer« sind: Einschüchterung, bewusste Falschinformation, Belagerung, Gerichtsverfahren gegen VerteidigerInnen des Schwangerschaftsabbruchs bis hin zu Morddrohungen gegen ÄrztInnen, die Abtreibungen vornehmen.«

STATT SCHUTZ FÜR UNGEBORENE KINDER SCHUTZ FÜR ABTREIBUNGSKLINIKEN

Und so beschreiben die SPÖ-Parlamentarierinnen den »ständigen Terror« der Lebensschützer in Wien: »Vor der Klinik am Wiener Fleischmarkt ist tagtäglich ein Aktivist von Human Life International (HLI) postiert, betend mit einem Rosenkranz. Andere Mitarbeiter von HLI sind in einigen Metern Entfernung der Klinik aufgestellt und belästigen alle Frauen, die an der Klinik vorbeigehen,

egal ob sie auf dem Weg in die Klinik sind oder nicht. Es werden Plastikföten verteilt und Folder mit abstoßenden, blutigen Bildern. Die Abtreibungsgegner versuchen die Frauen zu überreden, in ihr »Lebenszentrum« mitzukommen, das gleich um die Ecke der Klinik liegt.«

Die österreichischen Sozialdemokraten haben nicht den Schutz der ungeborenen Kinder im Blick, sondern den Schutz der Abtreibungsindustrie. Damit sie ungestört arbeiten (also töten und verdienen) kann,

»Ich bekenne mich eindeutig zur Fristenregelung.«

Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat

bedarf es anscheinend eines strafrechtlich »geschützten Rahmens«, einer Zone mit eingeschränkter Demonstrations- und Meinungsfreiheit. Wörtlich heißt es in dem SPÖ-Antrag: »Wenn eine Frau die Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch getroffen hat, gebührt ihr Schutz, damit sie diese rechtmäßige Entscheidung auch ohne psychische und physische Gefährdung durch selbsternannte »Lebensschützer« umsetzen kann.« Vom Schutz der ungeborenen Kinder vor der garantiert tödlichen Gefährdung durch die Abtreibungsindustrie und ihre politische Lobby ist hier keine Rede.



300 Bürger demonstrieren in Salzburg gegen Abtreibung

Partei an der Fristenregelung als solcher rütteln will – zumindest diese Maßnahmen politisch durchsetzbar sind, ist fraglich.

»Hätte Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben!«

Salzburger Abtreibungsaktivisten

Tatsache ist, dass sich in den nun schon fünf Jahren einer nicht-sozialistischen Regierung (aus ÖVP und FPÖ) in der Abtreibungsfrage nichts bewegt hat.

Obwohl Bundeskanzler Wolfgang Schüssel Österreich »zum kinderfreundlichsten Land Europas« zu machen versprochen und auch tatsächlich familienpolitische Verbesserungen durchgesetzt hat, obwohl die Kanzlerpartei ÖVP vor drei Jahrzehnten gegen die Einführung der Fristenregelung war, konnten nicht einmal kleine Fortschritte erzielt werden. So wurde etwa die zusätzliche Diskrimi-

IM PORTRAIT

Stephan Baier

Der Autor, 1965 in Roding (Bayern) geboren, ist Österreich- und Europa-Korrespondent der überregionalen katholischen Tageszeitung »Die Tagespost«. Nach dem Studium der Theologie in Regensburg, München und Rom arbeitete er zunächst als Pressesprecher für die



Diözese Augsburg, dann fünf Jahre lang als Pressesprecher und Parlamentarischer Assistent für Otto von Habsburg im Europäischen Parlament. Baier, Autor mehrerer Sachbücher, ist verheiratet und Vater von fünf Kindern. Ende letzten Jahres erschien im Aachener MM-Verlag sein jüngstes Werk: »Kinderlos – Europa in der demographischen Falle« (Vgl. Rezension im Bücherforum).